

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد همه سر به سر تن به کشتن دهیم  
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

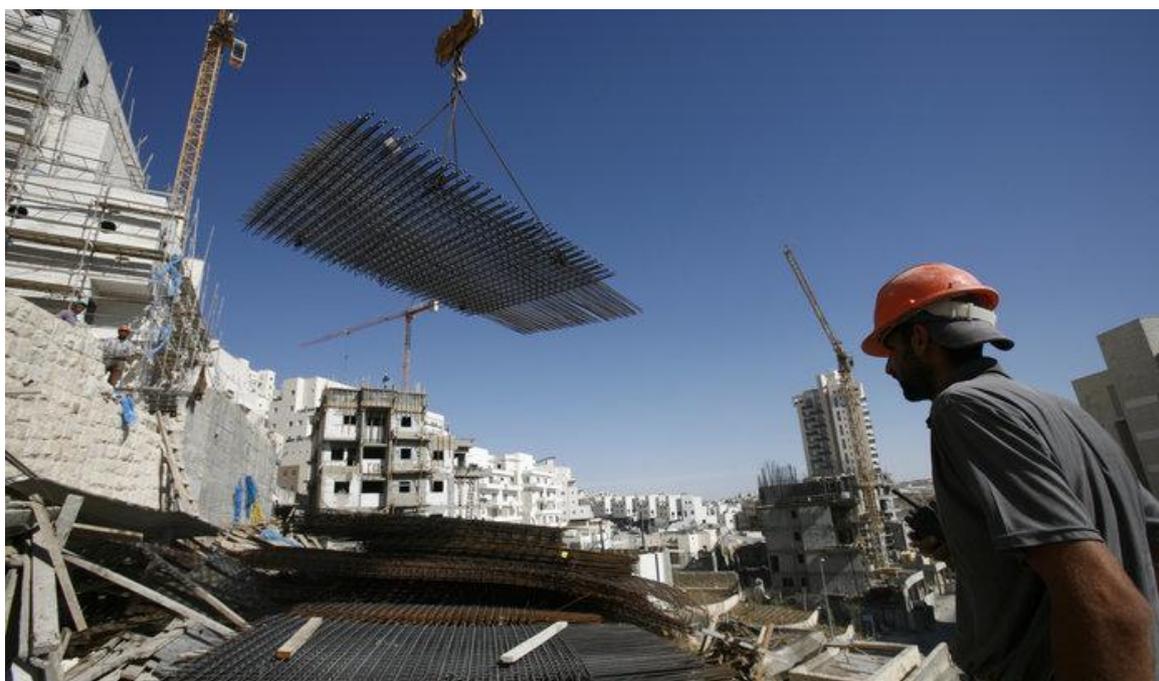
زبانهای اروپایی

Aus: Ausgabe vom 26.10.2017, Seite 7 / Ausland

Von Eva Casal  
27.10.2017

## Tödliche Arbeit

*Unfälle sind auf israelischen Baustellen Alltag. Der Staat interessiert sich dafür wenig – auch, weil die meisten Toten Palästinenser sind*



**Palästinensische Arbeiter beim Bau einer israelischen Siedlung nahe Jerusalem**

Foto: Baz Ratner /Reuters

Aufgrund der steigenden Zahl tödlicher Unfälle im Baugewerbe wächst der Druck auf Israels Sozialminister Haim Katz. Ein von ihm in der vergangenen Woche vorgestellter Entwurf einer Verordnung, die als Stärkung des Arbeitsschutzes angekündigt war, wird von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen des Landes scharf kritisiert. So

bemängelte der Verband Kav La Oved (Arbeiternotruf) am 17. Oktober, dass die Vorlage einseitig die Interessen der Bauunternehmer berücksichtige. Auch künftig seien keine empfindlichen Strafen für Betriebe vorgesehen, die Sicherheitsbestimmungen missachteten.

Tatsächlich weisen staatliche Stellen eine Vielzahl an Unfällen im Land aus, mit steigender Tendenz. Nach Angaben der Kontrollbehörde kamen zwischen 2010 und 2015 insgesamt 180 Arbeiter ums Leben. 2016 habe es 80 Todesfälle gegeben, davon 36 im Bausektor. In diesem Jahr registrierte die Behörde bereits 199 schwere Unfälle auf Baustellen, bei denen 26 Kollegen starben. Kav La Oved geht allerdings von noch höheren Zahlen aus. Allein in der vergangenen Woche habe man von 14 schwerverletzten Arbeitern erfahren. Häufig sei dabei ein Sturz aus großer Höhe die Ursache der Verletzungen. Trotz dessen investiert der Staat kaum in die Vollstreckung und Ahndung fahrlässiger Verstöße gegen Sicherheitsregelungen: Es gibt landesweit 18 Inspektoren für 13.000 Baustellen.

Kav La Oved spricht von einer regelrechten »Epidemie« der Unfälle. Seit nunmehr zwei Jahren fordern dieser und andere Verbände sowie Nichtregierungsorganisationen im Rahmen einer gemeinsamen Kampagne strengere Auflagen für den Arbeitsschutz.

Zunächst schien es, dass ihre Bemühungen Erfolg haben würden. Bei seinem Amtsantritt im August des vergangenen Jahres sicherte Haim Katz zu, die Befugnisse der Inspektoren der Aufsichtsbehörden zu stärken. Sie sollten die Möglichkeit erhalten, hohe Geldstrafen gegen Firmen zu verhängen, auf deren Baustellen Sicherheitsverstöße festgestellt werden. Im nun bekannt gewordenen Verordnungsentwurf ist davon allerdings nichts mehr zu finden. Tatsächlich verringert das israelische Arbeitsministerium die Strafen für Sicherheitsdelikte sogar. So soll nach dem ersten bei einer Baufirma festgestellten Verstoß nur eine Abmahnung erfolgen, die Höhe der in der Folge verhängten Geldstrafen sollen um 20 bis 40 Prozent sinken. Im ersten Jahr nach Inkrafttreten der Verordnung soll sogar ganz auf Strafen verzichtet werden, heißt es in einem Bericht der israelischen Tageszeitung *Haaretz* vom 17. Oktober. Durch die Ausgestaltung der Regelungen werde der ursprüngliche Zweck der Verordnung untergraben, kritisiert Kav La Oved. In einer Stellungnahme des Verbands gegenüber dem Arbeitsministerium, die von der Rechtsanwältin Gadir Nikola verfasst wurde, heißt es zudem, dass »die Wirksamkeit der gewünschten administrativen Durchsetzung beträchtlich gemindert würde«.

Genau das dürfte im Interesse der Baufirmen sein. Investitionen in den Arbeitsschutz würden sie Millionen kosten. So erklärte eines der größten Bauunternehmen gegenüber

*Haaretz*, dass die Betriebe »bis zu einem gewissen Grad die Sicherheit aufrechterhalten«. Müssten dafür aber zu große Summen aufgewandt werden, dann sei »die Sicherheit weniger interessant«.

Zahlreiche Auflagen für die Baubranche Israels wurden in der Vergangenheit aufgehoben. Das führte dazu, dass Firmen erhaltene Aufträge an Subunternehmen weiterreichen, die sie für noch geringere Summen erledigen. So entstehen komplexe Ketten aus Haupt- und Subunternehmen. Auf einer israelischen Baustelle sind inzwischen im Schnitt mehr als 20 Firmen tätig. »Die Verstöße gegen die Sicherheitsbestimmungen und das Arbeitsrecht basieren auf diesen undurchsichtigen Strukturen«, sagte Einat Podjarny, Pressesprecherin von Kav La Oved, am vergangenen Freitag im Gespräch mit *junge Welt*. »Das Gesetz sieht vor, dass Bauunternehmer und Baufirma zwei getrennte Entitäten darstellen müssen. In der Praxis sieht das oft anders aus. So sind Immobilienfirmen häufig Dachorganisation für beides, und deren Lobbyisten pflegen enge Kontakte zur Politik und hindern diese daran, die nötigen Schritte zu gehen.« Für diese Einschätzung sprechen auch Medienberichte. So meldete *Haaretz*, dass Anfang des Jahres die Union der Bauunternehmer das Arbeitsministerium dazu gedrängt habe, keine höheren Strafen gegen illegale Praktiken der Firmen zu verhängen.

Doch für Kav La Oved reichen die Probleme noch tiefer. »Den Opfern, die aus marginalisierten Gemeinschaften kommen, mangelt es an Möglichkeiten, ihre Stimmen zu erheben«, so Podjarny. Gut ein Drittel der Arbeiter seien Palästinenser, ein weiteres Drittel Palästinenser mit israelischem Pass beziehungsweise israelische Araber. Jüdische Israelis machen hingegen nur einen kleinen Teil der Kollegen aus. Die palästinensischen Arbeiter seien den Behörden aber oft nicht bekannt, so Podjarny. Die Unternehmer bringen sie nach Unfällen meist in die Westbank, wo die medizinische Versorgung nur unzureichend ist. Der Staat wiederum zeige wenig Interesse, diesen geschädigten Kollegen zu helfen.